

# NATIONALRATSWAHL 2024: STANDPUNKTE DER PARTEIEN

## Fragen an die Behindertensprecher:innen der Parlamentsparteien

**Zusammenstellung:** Hansjörg Nagelschmidt

**Fotos:** David Alscher FPÖ, derSchindler, Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS, Nathalie Muser

**I**m September wird der österreichische Nationalrat neu gewählt. ÖZIV INKLUSIV stellte den Behindertensprecher:innen der im Nationalrat vertretenen Parteien Fragen zu ihren behindertenpolitischen Positionen. Bei manchen Themen besteht durchaus Einigkeit, bei anderen unterscheiden sich die Standpunkte aber doch deutlich.

Die Fragen gingen an:

- Kira Grünberg (ÖVP) – Behindertensprecherin seit November 2017
- Bedrana Ribo (Grüne) – hat die Funktion der Behindertensprecherin im September 2023 von Heike Grebien übernommen
- Verena Nussbaum (SPÖ) – Behindertensprecherin seit Oktober 2019
- Fiona Fiedler (NEOS) – Behindertensprecherin seit Oktober 2019
- Christian Ragger (FPÖ) – übernahm die Funktion des Behindertensprechers von Norbert Hofer im Jahr 2018

**Im vergangenen Jahr hat der UN-Fachausschuss bei**

**der „Staatenprüfung“ zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein recht blamables Zeugnis ausgestellt – hat Sie das überrascht und wie erklären Sie sich das Ergebnis?**



**Kira Grünberg (ÖVP)**

**Grünberg:** Dieses Ergebnis ist natürlich nicht erfreulich, keine Frage. Die allermeisten Druckstellen sind und waren uns aber auch davor schon bekannt und bewusst und ich möchte behaupten, dass an allen Themen an vielen Ecken und Enden gearbeitet

wird – zugegeben mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg und Geschwindigkeit. Bleibt zu hoffen, dass das schlechte Zeugnis nicht (weiter) demotiviert, sondern Ansporn und Erinnerung ist, dort und da noch kräftiger anpacken und intensiver hinschauen zu müssen. Ich persönlich sehe die Staatenprüfung als wichtigen Gradmesser, als neutrale Standortbestimmung von außen, die uns helfen soll, den Kompass entsprechend auszurichten. Der UN-Fachausschuss arbeitet äußerst professionell, objektiv und wertschätzend.

**Fiedler:** Überrascht hat uns das leider gar nicht. Aus vielen Gesprächen mit Expert:innen und vor allem Betroffenen wissen wir, dass bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention viel zu wenig weitergeht. Das schlechte Ergebnis kann man sich nur durch das Wegsehen der jetzigen Regierung und ihrer Vorgänger erklären. Österreich hat es bislang nicht geschafft, das Dokument, das schon 2008 ratifiziert wurde, auch tatsächlich mit Schwung in die Umsetzung zu bringen. Stattdessen haben wir zwei ‚Nationale Aktionspläne‘

bekommen, die nun in Schubläden verstauben und insbesondere im Bereich Bildung sowieso völlig unzureichend sind. Dementsprechend scharf waren auch die Handlungsempfehlungen des UN-Fachausschusses für das Bildungskapitel. Dass wir uns in den letzten Jahren vom Ziel eines inklusiven Bildungswesens sogar immer weiter wegbewegen, statt ihm näherzukommen, ist inakzeptabel. Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler, denen dadurch ihr Recht auf Bildung verwehrt wird.

**Nussbaum:** Das Ergebnis überrascht mich überhaupt nicht. Behindertenpolitik spielt im Regierungsprogramm keine große Rolle. Die Umsetzung von Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen geht nur langsam voran. Auch einfach umzusetzende Maßnahmen, wie der Rechtsanspruch auf schulische Bildung in der 11. und 12. Schulstufe für Kinder mit Behinderungen werden einfach nicht umgesetzt.

**Ragger:** Überrascht hat mich mitunter die Tatsache, dass die eigenen Mitarbeiter in den Ministerien nicht mit einem derart schlechten Ergebnis gerechnet haben. Wir haben im Parlament bei einer Veranstaltung anlässlich der jüngsten Staatenprüfung gesehen, dass die betreffenden Daten dem Sozialministerium nicht vorliegen. Wie also hätten sie also auch an der Erfüllung der UN-Konvention arbeiten können? Ich finde es erschre-

ckend, dass man da einfach von Seiten des Ministerkabinetts keine Initiative ergriffen hat. Überall werden Abermillionen an Geldern – etwa an Migranten ohne Bleiberecht – umverteilt, während wahre Reformen ausbleiben und man den rechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Man kann hier allen drei grünen Sozialministern einen glatten „Fünfer“ für diese Themenverfehlung ins Zeugnis schreiben!

**Ribo:** Nein, wirklich überrascht hat mich das leider nicht. Wir wissen, dass es in Sachen Inklusion von Menschen mit Behinderungen nach wie vor Aufholbedarf in Österreich gibt, insbesondere im Bereich der inklusiven Bildung. Noch immer gibt es Sonderschulen, noch immer gibt es zu wenig inklusive Kindergartenplätze und noch immer werden in den Bundesländern Heime gebaut, anstatt in ein selbstbestimmtes Leben zu investieren.

Wesentlich dazu trägt die Kompetenz-Zersplitterung im Bereich Menschen mit Behinderungen bei: Bund, Länder, Gemeinden – es gibt keine einheitlichen Leistungen für alle in Österreich. Vieles passiert dadurch unkoordiniert und viele gute Vorhaben werden zwischen den Zuständigkeiten zerrieben. Es gibt auch noch keine einheitlichen Daten, wie viele Menschen mit Behinderungen es gibt, und welche Unterstützung diese brauchen würden. Das erschwert eine politische Planung erheblich.

Als Bundesregierung haben wir erste Schritte gesetzt. Beispielsweise indem wir Daten über Menschen mit Behinderungen in Österreich erstmals zusammenführen und so eine Basis für zukünftige politische Entscheidungen schaffen. Die Früchte dieser Schritte können aber erst in Zukunft geerntet werden.

**Der UN-Fachausschuss hat beispielsweise kritisiert, dass die Bundesländer die UN-Konvention nicht ernst genug nehmen. Nun sehen wir in der Praxis schon wieder, dass bei Bestrebungen durch den Bund nach Vereinheitlichung – Stichwort Persönliche Assistenz – die Länder nach wie vor versuchen ihr eigenes Süppchen zu kochen. Mit welchen Maßnahmen würden Sie die Bundesländer überzeugen, damit Leistungen für Menschen mit Behinderungen NICHT von Postleitzahl bzw. Wohn-Bundesland abhängen?**

**Ragger:** Sie sprechen hier ein sehr zentrales Problem an. Nämlich, dass wir neun unterschiedliche Gesetzgebungen haben, wenn es etwa um Leistungen wie die Persönliche Assistenz geht. Ich kenne das leider auch aus meinem Bezirk, wo betroffene Eltern verzweifelt sind, weil zwischen Kärnten und der Steiermark große Unterschiede bestehen und nicht flächendeckender Hilfeleistung in den Schulen besteht. Der Bund muss hier hergehen und die Länder an einen Tisch bringen. Es muss

eine 15a-Vereinbarung getroffen werden, bei der aber keiner der Verlierer ist. Diese Harmonisierung muss naturgemäß Geld kosten, weil ich absolut der Auffassung bin, dass man nicht nach unten nivellieren darf. Für das müssen dann Mitteln aus dem Finanzausgleich hergenommen werden. Ein Inklusionsfonds von 500 Millionen Euro jährlich wurde schließlich auch von mehreren Stakeholdern gefordert. Ich finde, dass das die geeignete Lösung ist. Weil man das aber verabsäumt hat, muss man zu bei den nächsten Budgetverhandlungen den Finger in die Wunde legen und das Geld vom Finanzminister fordern.

**Grünberg:** Der Föderalismus in Österreich ist eine Gegebenheit, um die wir (zumindest auf absehbare Zeit) nicht umhinkommen, insofern müssen wir damit arbeiten. In vielen Bereichen macht das föderale System definitiv Sinn, um punktgenauer und oftmals rascher auf regionale Situationen eingehen zu können: Beispielsweise ist die Verkehrssituation in Wien eine völlig andere als in Vorarlberg. In anderen Bereichen ist die föderale Vereinzelung nicht mehr zeitgemäß und somit nicht mehr praktikabel für die Betroffenen. Oftmals ist etwas im Kleinen (im Bezirk oder im Bundesland) entstanden und war für eine gewisse Zeit auch gut so, aber die Zeiten und Dimensionen (z.B. die Mobilität) ändern sich, insofern muss sich auch das System ändern. „Weil etwas immer so war, bleibt’s wie es

ist“, ist kein hinreichendes Argument für die Zukunft.

Ich würde nicht behaupten, dass die Bundesländer die UN-Konvention nicht ernst genug nehmen – einige Bundesländer haben sogar eigene Aktionspläne zur Umsetzung geschrieben! Ich halte wenig vom „Bundesland-Bashing“, das bringt uns keinen Meter weiter. Was ich in den letzten Monaten erneut sehr deutlich gemerkt habe, ist, dass vom Burgenland bis nach Vorarlberg laufend hervorragende inklusive Initiativen entstehen und bestehen, bloß wissen diese oftmals nichts voneinander und so wird das Rad wieder und wieder neu erfunden. Wenn’s dann ein- oder zweimal im Jahr österreichweite Vernetzungstreffen gibt, folgen die großen Aha-Erlebnisse. Insofern kann ich nur anregen, diese österreichweite Vernetzung weiter zu forcieren – selbstverständlich immer unter Einbindung der Zielgruppe: nothing about us without us!

**Fiedler:** Es braucht hier eine Kraftanstrengung von beiden Seiten. Der Bund muss auf die Länder zugehen, aber auch die Länder müssen bereit sein, mit voller Kraft an einer Harmonisierung zu arbeiten. Möglich wäre einerseits, über den Finanzausgleich konkrete Schritte zu vereinbaren. Die andere Option wäre, dass die Länder ihre Kompetenzen für die persönliche Assistenz an den Bund abtreten. Wichtig ist in beiden Fällen, dass wir möglichst rasch eine Lösung

finden, die wirklich im Sinne der Betroffenen ist. Die Grabenkämpfe auf dem Rücken der Betroffenen dürfen nicht weitergehen.

**Nussbaum:** Wichtig ist, dass es positive Anreize gibt, welche die Bundesländer motivieren, die Maßnahmen auch umzusetzen. Dafür braucht es aber auch eine finanzielle Absicherung der Maßnahmen.



**Bedrana Ribo (Grüne)**

**Ribo:** Der Sozialbereich und damit die Angelegenheiten der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, liegt, abseits der beruflichen Teilhabe, in der Verantwortung der Länder. Die Handlungsmöglichkeiten des Bundes sind daher beschränkt. Österreich ist ein föderalistischer Staat mit allen Vor- und Nachteilen.

Wir arbeiten jeden Tag daran die Bundesländer zu über-

zeugen, dass insbesondere in geteilten Zuständigkeiten Verbesserungen nur gemeinsam umsetzbar sind. Auch finanzielle Anreize sind eine Strategie: bei der Persönlichen Assistenz haben wir das über die Förderrichtlinie versucht, im Gesundheitsbereich über den Finanzausgleich. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zu ändern, ginge nur mit einer grundlegenden Gesamtänderung der Verfassung, inklusive Volksabstimmung. Dafür braucht es einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Dieser ist aktuell leider nicht absehbar.

**Apropos Überzeugungsarbeit: manchmal entsteht der Eindruck, mit behindertenpolitischen Fragen beschäftigt sich nur das Sozialministerium bzw. das Arbeitsministerium bei arbeitsmarktpolitischen Themen. Mit welchen Argumenten würden Sie die anderen Ressorts dazu bringen, Menschen mit Behinderungen bei ihren Gesetzesvorhaben bzw. politischen Maßnahmen mitzudenken?**

**Ribo:** Menschen mit Behinderungen stellen - je nach Definition des Begriffes der Behinderung - zwischen rund zehn und 20 Prozent der Bevölkerung. Mit steigendem Alter nimmt die Häufigkeit zu, weswegen zu erwarten ist, dass aufgrund des demographischen Wandels die Zahl der Menschen mit Behinderungen weiter steigen wird. Will man Änderungen vorantreiben, kann man

diesen Bevölkerungsanteil nicht einfach ignorieren. Große Herausforderungen der Zukunft wie Klimaschutz, Digitalisierung oder Migration werden nicht zu lösen sein, wenn man auf Menschen mit Behinderungen vergisst: Ohne Barrierefreiheit wird der öffentliche Verkehr nicht attraktiv genug sein, um die Zahl der Autos nachhaltig zu reduzieren. Und wenn digitale Technologien nicht barrierefrei sind, können sie nicht jene Verbreitung finden, wie es wirtschaftlich vielleicht sinnvoll wäre.

Einfache Sprache oder ein inklusives Bildungssystem helfen nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern sind auch für Menschen mit Migrationshintergrund von Vorteil: etwa, weil Einfache Sprache beim Deutschlernen hilft und ein inklusives Schulsystem dafür sorgt, dass alle eine gute Chance auf Ausbildung haben. Ausbildungen, die wir dringend brauchen, um auch morgen noch genug Fachkräfte zu haben.

**Nussbaum:** Es muss endlich ein gesellschaftliches Umdenken stattfinden. Nicht nur Menschen mit Behinderungen profitieren von Maßnahmen der Barrierefreiheit bzw. Inklusion. Das Beispiel der baulichen Barrierefreiheit zeigt meiner Meinung nach gut, dass nicht nur einzelne Gruppe von barrierearmer Bauweise profitieren: Ob Eltern mit dem Kinderwagen oder ein junger Sportler, der sich das Bein verletzt hat - beide sind froh, wenn sich am Eingang eines Geschäfts

eine Rampe und keine Stufe befindet. Jeder und jede kann von einem Tag auf den anderen in die Situation kommen, durch körperliche oder geistige Beeinträchtigungen im Alltag eingeschränkt zu werden. Wenn wir unsere Infrastruktur so gestalten, dass möglichst keine Barrieren bestehen, profitieren wir als gesamte Gesellschaft davon. Das macht das Leben für uns alle einfacher!

**Ragger:** Das Grundlegende für ein selbstbewusstes wie selbstbestimmtes Leben ist Bildung. Und dieses Prinzip macht auch vor Menschen mit Behinderungen nicht Halt. Im Gegenteil: Gerade hier kann wirklich viel mit einer guten Ausbildung aufgewogen werden. Dass man die Menschen lange Zeit einfach in Sonderschulen abgeschoben hat, war ein Fehler. Man muss das Potenzial in jedem Menschen erkennen und hier muss die Förderung ansetzen. Somit nehmen wir sowohl das Bildungsministerium als auch das Arbeitsministerium in die Pflicht. Aber es scheint ein generelles Problem zu sein, dass wir in Österreich die jungen Menschen nicht mehr richtig bzw. nicht mehr bedarfsgerecht ausbilden. Druck und Zwang wäre aber nicht unser Mittel der Wahl. Es müssen eher bewusstseinsbildende Maßnahmen ergriffen werden, wie das Ermutigen der Menschen, besonders auch der Familien, entsprechende Bildungsmaßnahmen angehen zu lassen, damit auch Bildung in höheren Schulen oder eine Lehr angenommen



wird. Oft erleben wir leider, dass die Menschen resignieren, ihre eigenen Fähigkeiten unterschätzen und sich zurückziehen.

**Fiedler:** Inklusion ist ein Querschnittsthema, das jedes Ressort betrifft. Daher müssen wir auch dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen bei Gesetzesvorhaben mitgedacht und miteinbezogen werden. Je früher das geschieht, desto einfacher verläuft der ganze weitere Prozess. Ein fertiges Gesetz ‚reparieren‘ zu müssen, ist weitaus umständlicher, als von Anfang an einen partizipativen Prozess aufzusetzen, in dem Menschen mit Behinderungen ihre Anliegen vorab einbringen können. Wünschenswert wäre z.B. ein eigenes Staatssekretariat, das sich ressortübergreifend mit dem Thema Inklusion auseinandersetzt und alle Ministerien an ihre Aufgabe erinnert.

**Grünberg:** Diesen (falschen) Eindruck möchte ich mit ein paar Beispielen aus dieser Legislaturperiode gerade-rücken:

- Die Frauenministerin hat Informationsmaterial zu gynäkologischen Vorsorgeuntersuchungen in Leichter Sprache und in Österreichischer Gebärdensprache auf den Weg gebracht.
- Die Verteidigungsministerin hat die Gleichstellung der Heeresportler:innen mit und ohne Behinderungen massiv vorangetrieben.
- Der Sportminister hat

Bewegungs- und Informations-Coaches installiert, um mehr Menschen mit Behinderungen zur Bewegung und zum Sport zu bringen.

- Die Familienministerin hat gemeinsam mit dem Finanzminister die jährliche Valorisierung der erhöhten Familienbeihilfe durchgesetzt.

Abgesehen davon macht es bei einer Querschnittsmaterie Sinn, dass ein Ministerium – in dem Fall häufig das Sozialministerium – die koordinierende Funktion übernimmt.

**Selbst scheinbar wenig komplizierte Materien wie „Barrierefreiheit“ sind von einer zufriedenstellenden Umsetzung weit entfernt: was schlagen Sie vor, damit Barrieren endlich aus dem Leben von Menschen mit Behinderungen verschwinden?**

**Grünberg:** Barrierefreiheit ist keineswegs „wenig kompliziert“, im Gegenteil. Allumfassende Barrierefreiheit – baulich, sprachlich, digital, kommunikativ uvm. – ist höchstkomplex. Komplex auch deshalb, weil eine Maßnahme für die eine Behinderungsart ein Segen, für eine andere ein Fluch sein kann, beispielsweise abgeschrägte Gehsteigkanten: Für mich als Rollstuhlfahrerin kann es nicht genug Abschrägungen geben, für meine blinde Bekannte führen zu viele Abschrägungen zur Orientierungslosigkeit, was im Straßenverkehr zu einer großen

Gefahr für sie werden kann.

Schritt für Schritt arbeiten wir an der Reduzierung diverser Barrieren. Beispielsweise das jüngste verabschiedete Barrierefreiheitsgesetz stärkt die Verfügbarkeit barrierefreier Produkte und Dienstleistungen auf dem EU-Binnenmarkt. Als kleine Nebenbemerkung würde ich in Frage stellen wollen, ob „die Politik“ jemals alle Hürden und Barrieren in einem Leben aus dem Weg räumen kann, und das hat gar nichts mit Behinderung zu tun! Das ist das pure Leben, mit all seinen Höhen und Tiefen, das uns nicht in Watte packt.

**Fiedler:** Auch beim Thema Barrierefreiheit ist es enorm wichtig, Menschen mit Behinderungen von Beginn an miteinzubeziehen. Nehmen wir ein Beispiel: Es soll ein neuer Bahnhof gebaut werden. Wenn man diesen Bahnhof fertigstellt und erst danach merkt, dass er gar nicht barrierefrei ist, wird der anschließende Umbau aufwändig und teuer. Weitaus sinnvoller ist es, alle Stakeholder schon in der Planungsphase an einen Tisch zu holen und gemeinsam zu erarbeiten, was es braucht, damit der Bahnhof von allen Menschen genutzt werden kann. Nur leider wird das in der Praxis immer noch viel zu selten so gehandhabt.

**Nussbaum:** Eine barrierefreie Bauweise und die barrierefreie Raumgestaltung müssen gelernt sein. Diese Themen müssen bereits im Architekturstudium und im



**Verena Nussbaum (SPÖ)**

Studium der Raumplanung eine wichtige Rolle spielen. Zusätzlich muss es strenge Vorgaben für die Vergabe von Förderungen geben. Wohnraum und öffentliche Gebäude müssen zukünftig barrierefrei gestaltet werden, um öffentliche Förderungen zu erhalten.

**Ragger:** So traurig es auch ist, absolute Barrierefreiheit lässt sich technisch schwer in der Praxis umsetzen. Aber es gibt Beispiele, die einfach zum Himmel schreien, wenn etwa Amtsgebäude nicht mit Rollstuhl befahren werden können oder Wohnhäuser keinen Lift bereitstellen. Oft sind es auch Planfehler in der Architektur, die im Nachhinein nicht korrigiert werden. Da muss noch viel in unserem Bewusstsein passieren. Das andere ist der barrierefreie Informationszugang, etwa für hör- und seh-

behinderte Menschen, der zu selten mitbedacht wird. Akustische Bildbeschreibung, Brailleschrift und Assistenz sucht man in Alltagssituationen wie dem Supermarkteinkauf vergebens. Ich denke, wir alle müssen da an einer inklusiven Gesellschaft bauen, die sich vor allem auch das Bewusstsein jener richtet, die keine Behinderung vorweisen.

**Ribo:** Wir sollten Barrieren für Menschen mit Behinderungen erst gar nicht entstehen lassen, sie also an der Wurzel bekämpfen. Dies geschieht am besten, indem Menschen mit Behinderungen und ihre Vertretungen frühzeitig in Vorhaben eingebunden werden - auch bei vermeintlich übergeordneten, großen Maßnahmen wie beispielsweise dem Klimaschutz. Er kann nur funktionieren, wenn Menschen mit Behinderungen in Österreich mitgedacht werden. Menschen mit Behinderungen wissen selbst am besten, was sie brauchen und wo mögliche Barrieren entstehen können. Deshalb ist es wichtig sie einzubeziehen.

Sind Barrieren erst aufgebaut, braucht es meist viel Geld und Zeit, sie wieder abzubauen. Dieses müssen wir bereitstellen, da in der Vergangenheit eben oft der Fehler gemacht wurde, Menschen mit Behinderungen nicht oder unzureichend einzubinden – etwa beim öffentlichen Verkehr. Zu guter Letzt braucht es auch juristische Möglichkeiten, Barrieren zu bekämpfen. Wir Grüne set-

zen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen in Zukunft auch einen Anspruch darauf haben, dass Barrieren beseitigt werden, wenn sie dadurch diskriminiert werden. Ein geringer Geldbetrag als Schadenersatz ist hier aus unserer Sicht zu wenig.

**Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um für Menschen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten?**

**Nussbaum:** Ich bin der Meinung, dass wir neben einem inklusiven Bildungssystem positive Anreize für Unternehmen brauchen, dass mehr Menschen mit Behinderungen eingestellt werden. Derzeit zahlen Unternehmen ja lieber die Strafe, anstatt Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen. In einem ersten Schritt müssen wir weg davon, dass Menschen mit Behinderungen sehr schnell als arbeitsunfähig eingestuft werden. Die Berufsunfähigkeit muss laufend überprüft werden, denn der Gesundheitszustand eines Menschen ist keine Konstante, sondern unterliegt Veränderungen. Menschen mit Behinderungen, die einmal als arbeitsunfähig eingestuft wurden, sollen die Möglichkeit erhalten, eine neuerliche Überprüfung dieses Status zu beantragen und damit bei Besserung ihrer gesundheitlichen Verfassung auch wieder als arbeitsfähig eingestuft werden. Des Weiteren braucht es ausreichende Kapazitäten für die Fort- und Weiter-

bildung von Menschen mit Behinderungen, aber auch Maßnahmen für Beratungen und die Arbeitsvermittlung.

**Ribo:** Die vielleicht wichtigste Maßnahme beginnt vor dem Arbeitsmarkt und das ist die Inklusive Bildung.

Menschen mit Behinderungen, die eine Sonderschule besuchen, kommen häufig zu keinem Schulabschluss. Ein Schul- oder Ausbildungs-Abschluss ist aber eine wesentliche Voraussetzung, um am österreichischen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Menschen mit Behinderung, die keinen Abschluss vorweisen können, landen fast automatisch in einer tagesstrukturellen Einrichtung. Diese Menschen von dort wieder rauszuholen und auf den offenen Arbeitsmarkt zu bringen, ist viel schwieriger und aufwendiger, als Menschen mit Behinderung gleich von vornherein den Schritt in den regulären Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Viele Menschen mit Behinderungen, vor allem in Werkstätten, gelten als „arbeitsunfähig“. Viele Bestimmungen und Leistungen, die Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt unterstützen sollen, greifen für sie nicht. Das macht die Integration in die Berufswelt ungleich schwieriger. Deshalb ist es auch so wichtig, dass die Arbeits(un)fähigkeit bis zum 25. Lebensjahr nun nicht mehr auf Wunsch festgestellt werden darf. So bekommen junge Menschen mehr Zeit, sich zu erproben und ihren Weg in

die Arbeitswelt zu finden. Damit dies gelingen kann, braucht es mehr Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und Unternehmen. Die Palette reicht hierbei von Persönlicher Assistenz am Arbeitsplatz bis hin zu Lohnkostenförderungen und Arbeitszeitmodellen, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, auch mit Teilzeit-Arbeit ein ausreichendes Einkommen zu erzielen, wenn Vollzeit-Arbeit behinderungsbedingt nicht möglich ist.



**Fiona Fiedler (NEOS)**

**Fiedler:** Damit Menschen mit Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, müssen wir alle an einen Tisch holen und einen umfangreichen Prozess aufsetzen – mit allen politischen Entscheidungsträger:innen, Trägerorganisationen und den Betroffenen selbst und

ihren Interessenvertretungen. Klar ist, dass wir die Einteilung von Menschen mit Behinderungen in ‚arbeitsfähig‘ und ‚nicht arbeitsfähig‘ endlich abschaffen müssen. Klar ist auch, dass jene Menschen mit Behinderungen, die in Beschäftigungstherapie-werkstätten arbeiten, eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung brauchen. Das Motto muss lauten: Lohn statt Taschengeld. Zudem müssen wir sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichzeitig auch die nötige Unterstützung bekommen, die sie zur Bewältigung ihres (Arbeits-)Alltags brauchen, wie z.B. persönliche Assistenz.

**Ragger:** Es steht und fällt alles mit dem wahrgenommenen Bildungsangebot. Man muss sich nämlich auch an den Bedarf der Arbeitgeberseite orientieren. Weiters ist eine körperliche Beeinträchtigung absolut unerheblich, wenn der Arbeitsplatz alles Nötige an Hilfsmittel bereitstellt, und die Arbeitskraft hervorragende Leistung erbringen kann. Daneben gibt es auch Arbeitsverhältnisse mit einfacheren Tätigkeiten, oder auch jene, wo Persönliche Assistenz gebraucht wird. Da müssen wir dann so ehrlich sein und klar folgendes Konzept verfolgen: Das Wichtigste im Leben ist Selbstwirksamkeit. Das gibt den Leuten Halt. Und wenn eine berufliche Tätigkeit dann eben mehr kostet als sie wirtschaftlich bringt, dann ist das so und die Gemeinschaft muss das tragen können. Aber das ist immer noch besser als in den Werkstätten

keinen Lohn zu erhalten und eine Beschäftigungstherapie zu erhalten.

**Grünberg:** Unbedingt zu erwähnen ist die „Arbeitsunfähigkeitsfeststellung frühestens ab dem 25. Lebensjahr“ und die damit einhergehende AMS-Leistung. Rückkehrrechte in eine geschützte Struktur nach einem nicht geglückten Arbeitsversuch am freien Arbeitsmarkt, der Erhalt finanzieller Unterstützungsleistungen oder die engmaschige Unterstützung vor Ort beim Arbeitseinstieg sind wesentliche Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen die Angst vorm großen Schritt zu nehmen.

Aktuell wird zudem am Vorhaben „Lohn statt Taschengeld in Tagesstrukturen“ gearbeitet. Man schaut nun sehr genau hin, um einerseits jene zu fördern, die den Schritt auf den freien Arbeitsmarkt wollen und schaffen können, andererseits will man das Tagesstruktursystem analysieren und dort aufbrechen, wo es über die Jahre verkrustet ist.

Auf Arbeitgeberseite kann es meines Erachtens nach wie vor nicht genug an Information und Sensibilisierung geben, um auch dort die Angst und Unsicherheit zu minimieren. Sehr gut etabliert ist inzwischen zB das NEBA-Betriebsservice oder die WKO-Aktion „Barrierefreie Unternehmen“. Hilfreich sind auch Labels und Zertifikate wie „Fair für Alle“, die an vorbildliche Unternehmen, Gemeinden, Regionen

etc. nach Erfüllung gewisser Kriterien vergeben werden. Mein Leitsatz ist „motivieren statt strafen“, in diesem Sinne sollten wir uns auch mal wieder über die Ausgleichstaxe unterhalten.

**Baustelle „Inklusive Bildung“: warum geht hier in Österreich seit Jahrzehnten so gut wie nichts weiter? Warum nimmt man sich kein Beispiel an Regionen, wo Inklusive Modelle funktionieren wie zB in Südtirol?**

**Fiedler:** Die Antwort ist genauso kurz wie frustrierend: Weil der Regierung der Mut fehlt. Hier wäre der Bildungsminister gefordert, in Gespräche mit den Ländern zu gehen und inklusive Modelle, die es ja als Leuchtturmprojekte bereits gibt und die wunderbar funktionieren, endlich auch in der Breite auszurollen. Doch leider gibt es derzeit keinerlei Bereitschaft, am Status Quo etwas zu ändern.

**Grünberg:** Es war mir besonders wichtig, Inklusive Bildung in den Fahrplan dieser Legislaturperiode einzubringen, was auch gelungen ist (siehe Regierungsprogramm, S. 194). Zugegeben, wir haben noch ein gutes Stück Wegstrecke vor uns, aber wesentlich ist, dass wir in Bewegung bleiben. Das gesamte österreichische Bildungssystem – Inklusion inklusive – braucht unsere verstärkte Zuwendung in Form von mehr administrativem Personal, mehr psychologischen und sozialtherapeutischen Unterstützungen, und lang-

sam aber sicher auch mehr Lehrpersonal (Stichwort „Pensionierungswelle“). Erfreulich sind gelingende Schritte wie die Überarbeitung von ASO-Lehrplänen bzw. die Entwicklung von ÖGS-Lehrplänen, die es im Regelschulwesen bis dato überhaupt nicht gab.

Die erwähnten Inklusiven Modellregionen sind begrüßenswert, muss man aber auch differenziert betrachten. In Bezug auf Reutte (sonderschulfreier Bezirk) habe ich leider auch Familien mit behinderten Kindern kennengelernt, die umgezogen sind und den Bezirk dauerhaft verlassen haben oder ihr Kind gar aus dem Schulsystem genommen haben und gar nicht mehr unterrichten lassen, weil sie mit dem Umbruch nicht zurechtgekommen sind. Dann hätte man das Gegenteil des Intendierten erreicht, das wäre fatal. Auch darauf muss man schauen.

Meine Zielvorstellung ist natürlich ebenso ein 100% inklusives Schulsystem. Ich habe in den Jahren meiner politischen Tätigkeit aber auch gelernt, Umbrüche sehr vorsichtig und behutsam anzugehen und Übergangsphasen (aka Wahlfreiheit) zu schaffen, ansonsten verliert man die betreffenden Menschen am Weg, und damit scheitert ein Projekt bevor es richtig begonnen hat... Gleichzeitig höre ich jene Stimmen, die rufen: „Wie lang wollen wir noch warten? Wie lang soll es noch dauern? Wie viele Modellprojekte brauchen wir noch?!“...





**Christian Ragger (FPÖ)**

**Ragger:** Das Konzept in Südtirol ist kein schlechtes. In Österreich fehlen uns aber nicht nur speziell auf Inklusion geschulte Pädagogen, sondern Lehrer generell. Wir merken es leider auch, dass etwa der flächendeckende Ausbau Persönlicher Assistenz nicht nur eine Kosten-, sondern auch eine Personalfrage ist. Daneben gibt es auch die rechtliche Schwierigkeit, dass diese bislang nur bei körperlicher Beeinträchtigung gewährt wird. Daher muss hier ein Ansatz gefunden werden, der mehrere Ressorts mit einbezieht. Was aber mittelfristig umgesetzt werden kann, ist die Bereitstellung technischer Hilfsmittel. Hier gibt es bereits interessante Innovationen im digitalen Bereich wie etwa Avatare im Klassenzimmer, mit denen Kinder zu Hause mit den Klassenkollegen interagieren

können. Was wir aber immer wieder feststellen müssen ist, dass im Bereich der Pflichtschulen wie etwa der NMS die Barrierefreiheit nur mangelhaft umgesetzt wird, weil hier wieder die Länder verantwortlich sind.

**Ribo:** Die Liste der Ursachen ist unsere Ansicht nach lang.

- a. Die Zuständigkeiten sind zersplittert: Die Pflichtschulen liegen in Landeskompentenz und Gemeindekompetenz, die weiterführenden Schulen in Bundeskompetenz. Föderalismus ist bekanntlich nicht barrierefrei.
- b. Ideologie. Das Thema Inklusion ist ähnlich ideologisch aufgeladen wie das Thema der gemeinsamen Schule für alle bis 14 Jahre. Solange es Parteien gibt, die auf ein getrenntes System aufbauen und Sonderschulen ausbauen wollen, ist Inklusion schwer möglich. Wir Grüne setzen uns für ein echtes inklusives Bildungssystem ein und würden entsprechende Reformen jedenfalls unterstützen.
- c. Die letzten ÖVP-Bildungsminister haben Reform im Bereich Inklusion leider kaum in Angriff genommen. Notwendige und tiefgreifende Schritte Richtung flächendeckender inklusiver Bildung wurden nicht gesetzt. Ein Hemmschuh: Die Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Land und Gemeinden.

- d. Das Schulsystem hat zwar viele Ressourcen, diese werden aber nicht zielgerichtet eingesetzt. Ein getrenntes System kostet viel Geld. Würde man hier auf ein echtes inklusives System setzen, würde das viele Ressourcen, die derzeit in das getrennte System fließen, frei machen. Damit könnte man die notwendige Unterstützung (Multiprofessionelle Teams, ausreichend Lehrpersonal, Schulassistenten, Ausstattung etc.) für die Schulen bereitstellen.

Zu den inklusiven Modellregionen: Leider wurden die Modellregion mit der ÖVP-FPÖ-Regierung weder ausgebaut noch weitergeführt. Wir verstehen das bis heute nicht, denn die Studienergebnisse waren sehr positiv. Wir Grüne würden ein Wiederaufgreifen des Konzepts jedenfalls unterstützen. Nussbaum: Ich glaube, dass viele Menschen noch Vorurteile gegen Menschen mit Behinderungen im Kopf haben und sich das in weiterer Folge auch in Form von Berührungängsten auswirkt. In unserer Leistungsgesellschaft geht es immer nur darum, wer der oder die Stärkere ist. Auf andere Qualitäten und Kenntnisse wird oft gar kein Augenmerk gelegt. Das wirkt sich auch auf unser Bildungssystem aus, das sehr selektiv ist und Menschen außerhalb der Norm wenig Chancen zukommen lässt.

Wir brauchen dringend ein Umdenken dahingehend, dass alle Menschen individu-

elle Bedürfnisse, aber auch sehr einzigartige Fähigkeiten haben. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in das Bildungssystem wäre ein wichtiger Schritt zur Sensibilisierung der Gesellschaft. Auch Politiker:innen fehlt es oft am Bewusstsein, wie wichtig die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in das reguläre Bildungssystem ist.

**Vorausgesetzt, Ihre Partei wäre in der nächsten Bundesregierung: welche drei behindertenpolitischen Themen würden Sie auf jeden Fall im Regierungsprogramm haben wollen?**

**Nussbaum:** Das wichtigste Thema ist meiner Meinung nach die Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems von den Kinderbetreuungseinrichtungen bis zur Universität, weil das viele weitere Themen zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen beeinflusst. Auch Kinder mit Behinderungen soll ein Rechtsanspruch auf Bildung zukommen. Außerdem müssen die Lehrpläne von Berufsgruppen wie jene der Architekt:innen, Mediziner:innen aber auch von pädagogischen Studien zukünftig das Thema Inklusion als Pflichtfach beinhalten. Für den Arbeitsmarkt würde ich gerne das Thema „Lohn statt Taschengeld“ umsetzen, da es meiner Meinung nach nicht sein kann, dass Menschen in den Tagesstrukturen arbeiten und ja teilweise auch für Unternehmen produzieren und dann nur mit einem Taschengeld abgespeist werden.

**Fiedler:** Für NEOS ist jedenfalls klar, dass Inklusion nicht karitativ, sondern ein Menschenrecht ist. Drei Themen sind für uns hier zentral:

Inklusive Bildung: Am wichtigsten ist für uns die inklusive Bildung. Sie ist das Fundament, auf dem eine inklusive Gesellschaft fußt. Kinder sind vorurteilsfrei und lernen viel schneller als Erwachsene – deswegen muss man Inklusion von Beginn an mitdenken. So vermeidet man Barrieren in den Köpfen, die viele Erwachsene leider haben.

Inklusiver Arbeitsmarkt: Menschen mit Behinderungen sind immer noch in einem hohen Ausmaß vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Dass in Österreich mindestens 23.500 Personen in Tageswerkstätten arbeiten und als „nicht arbeitsfähig“ gelten, führt diese Personen in eine lebenslange Abhängigkeit von Leistungen der öffentlichen Hand. Sie erhalten auch kein Entgelt im klassischen Sinn, sondern nur etwas Taschengeld – und haben weder eine eigenständige Sozialversicherung noch Anspruch auf Urlaub. Das wollen wir ändern und einen echten inklusiven und durchlässigen Arbeitsmarkt herstellen, der alle notwendigen Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen gewährleistet (z.B. bundeseinheitliche persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen statt der bisherigen Trennung zwischen privater Assistenz und Assistenz am Arbeitsplatz).

Umfassende Barrierefreiheit: Barrierefreiheit ist eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und beinhaltet weit mehr als nur bauliche Maßnahmen. Damit Menschen mit Behinderungen ohne zusätzliche Hilfe am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, müssen wir auch die soziale Barrierefreiheit (Barrieren im Kopf) und die kommunikative Barrierefreiheit (z.B. induktives Hören, Gebärdensprache, Lormen, Piktogramme, Braille-Schrift, etc.) ausbauen. Von einer umfassenden Barrierefreiheit profitieren nämlich auch Menschen ohne Behinderungen. Man denke hier z.B. an Eltern mit Kinderwägen, denen ein Aufzug oder einer Rampe den Alltag erleichtert, oder an Menschen, die die deutsche Sprache noch nicht so gut beherrschen und von Informationen in einfacher Sprache profitieren.

**Ribo:** Auf der einen Seite würden wir uns stark für inklusive Bildung einsetzen, auf der anderen Seite würden wir die De-Institutionalisierung vorantreiben. Dabei geht es darum, Menschen mit Behinderungen aus Heimen und Werkstätten heraus in ein Leben und Arbeiten in der Gemeinschaft zu bekommen, inklusive Persönlicher Assistenz. Als ersten wichtigen Schritt stellen wir den Ländern 36 Millionen Euro für inklusive und integrative Projekte zur Verfügung, die den Umstieg aus den Einrichtungen in den regulären Arbeitsmarkt ermöglichen sollen. Darüber hinaus wür-

den wir uns für Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen einsetzen.

**Grünberg:**

- Fokus Frauen mit Behinderungen: Mehrfachdiskriminierung, Gewaltschutz samt entsprechender Einrichtungen, Aufklärung, Gender Medizin, Peer Beratung, begleitete Elternschaft uvm.
- Fokus Arbeitsmarktintegration: weil es der wesentliche Bestandteil einer unabhängigen und selbstbestimmten Lebensführung ist
- Fokus Harmonisierung der Persönlichen Assistenz: wird uns noch Jahre beschäftigen

**Ragger:** Das allererste Gebot für die FPÖ ist Selbstbestimmung und somit „Lohn statt Taschengeld“ samt einer Sozial- und Pensionsversicherung.

Das zweite ist der Bau einer inklusiven Gesellschaft. Darunter verstehen wir Inklusion in Bildung und Beruf (Persönliche Assistenz), Barrierefreiheit und eine Bewusstseinsbildung für Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, die sich an die ganze Bevölkerung richtet.

Der dritte Schwerpunkt ist ein besonderes Maßnahmenprogramm für Frauen mit Behinderungen, die am meisten von Ausbeutung und geringem Einkommen betroffen sind. Hier braucht es mehr präventiven Schutz der sexuellen Selbstbestimmung

und eigene Finanzmittel für eine „Kostenbremse“ bei besonders prekären Verhältnissen, weil Miete, Wärme und Energie nicht mehr bezahlt werden können.

Wenn wir das schaffen, sind schon viele Punkte der UN-Konvention abgearbeitet.

**Könnte ein Inklusions-Staatssekretariat die Entwicklung beschleunigen? Wenn Sie die Position dieses Staatssekretariats übernehmen würden, was wäre Ihre erste Amtshandlung?**

**Ragger:** Es gibt bereits erfolgsversprechende Modelle in anderen EU-Staaten, wo eine Schnittstelle für Behindertenagenden eingerichtet wurde. In Anbetracht der Tatsache, dass in diesem Bereich dringlicher Handlungsbedarf besteht, kann das Sinn ergeben. Die Frage vorab ist allerdings, welche Ressortverteilung vorliegen wird und wie die Ministerien besetzt werden. Ich bin überzeugt, dass bei einer freiheitlichen Regierungsbeteiligung entsprechend fähige Persönlichkeiten die Inklusion zügig voranbringen werden. Die erste Amtshandlung wird dabei bestimmt die „Lohn statt Taschengeld“ betreffen.

**Nussbaum:** Klar könnte ein eigenes Staatssekretariat positiv dazu beitragen, dass die Inklusion in Österreich vorangetrieben wird. Die erste Amtshandlung als Staatssekretärin wäre für mich die längst überfällige Umsetzung der UN-Behindertenrechts-

konvention. Da gibt es noch einiges zu tun.

**Fiedler:** Ob Inklusionspolitik gelingt oder nicht, hängt nicht von einem Staatssekretariat ab, sondern vom Willen der gesamten Regierung. Schließlich handelt es sich um eine Querschnittsmaterie, die alle Ministerien betrifft.

**Grünberg:** Die Idee eines „Inklusions-Staatssekretariats“ kehrt regelmäßig wieder. Ja, ist eine Idee – von der ich persönlich allerdings nicht restlos überzeugt bin. Behinderung/Inklusion ist eine Querschnittsmaterie und so ist sie auch zu behandeln, nämlich von allen und nicht bloß von „Spezialeinheiten“, das stünde im Widerspruch zur Definition von Inklusion.

**Ribo:** Ob ein Inklusions-Staatssekretariat sinnvoll ist oder nicht, kommt auf die genaue Ausgestaltung an. Wenn das Inklusions-Staatssekretariat nur „beraten“ und zur Kooperation einladen kann, wäre der positive Effekt wohl nicht so groß. Was es braucht, ist die Möglichkeit, Kompetenzen zu bündeln, damit bei Themen wie Barrierefreiheit etwas weitergeht.

Wäre ich eine tatsächlich mit Umsetzungsmacht und Ressourcen ausgestattete Inklusions-Staatssekretärin, würde ich die im Nationalen Aktionsplan Behinderung genannten Maßnahmen mit einem Umsetzungsbudget ausstatten.

### Frage an die Oppositionsparteien: Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten behindertenpolitischen Versäumnisse der aktuellen Regierung?

**Fiedler:** Bei der inklusiven Bildung – und zwar auf allen Ebenen. Wie der UN-Fachausschuss bei der Staatenprüfung festgestellt hat, gibt es hier keinerlei Fortschritte, sondern sogar Rückschritte. Das ist eine inakzeptable Entwicklung. Inklusive Bildung bedeutet, dass sich elementare Bildungseinrichtungen, Pflichtschulen, Berufsschulen, aber auch höhere Schulen und Hochschulen der Realität einer heterogenen Gesellschaft und den individuellen Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen, aber auch Erwachsenen und Senior:innen anpassen müssen – und nicht umgekehrt. Spricht man von einem inklusiven Schulsystem, ist von der gleichberechtigten Partizipation aller Schüler:innen am gesamten Bildungsangebot die Rede. Bildung und Inklusion geschehen nämlich ein Leben lang. Hier gibt es massiven Aufholbedarf.

**Nussbaum:** Während der Coronakrise wurde auf Menschen mit Behinderungen ständig vergessen. Wir als Opposition mussten die Regierungsparteien bei nahezu jeder Maßnahme an die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen aufmerksam machen. Allgemein ist einfach wenig weitergegangen. Die Umsetzung von Lohn statt Taschengeld in den Tagesstrukturen wurde bereits

im Februar 2020 einstimmig im Nationalrat beschlossen und erst jetzt, gegen Ende der Legislaturperiode, erlässt die Bundesregierung erste Maßnahmen zur Umsetzung einer fairen Bezahlung in den Werkstätten.

**Ragger:** Das große Versäumnis ist ganz klar die Nichterfüllung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Österreich bereits 2008 ratifiziert hatte. Man befindet sich hier in einer Bringschuld, der einfach nicht nachgekommen wird, und das obwohl es ständig Beanstandungen und Ermahnungen der Volksanwaltschaft gibt, und dass obwohl mitunter auch grob gegen die Menschenrechte und Würde verstoßen wird. Ein Beispiel hierfür ist die Ausbeutung von Menschen mit Behinderungen in Tagesstrukturen und Werkstätten, bei denen viele nur ein geringes Taschengeld erhalten und eben nicht sozial- und pensionsversichert sind. Das kann in Einzelfällen ein Ausmaß annehmen, dass Urlaub nicht gewährt wird und man sogar fehlende Tage nachzahlen muss. Ein besonders drastischer Fall wurde von der Volksanwaltschaft aufgezeigt, wo Menschen wie Knechte in Leibeigenschaft auf einem Bauernhof gehalten wurden. So etwas darf es in der heutigen Zeit nicht mehr geben. Mein Auftrag ist es daher, alles dafür zu tun, dass die Menschen mit dem eigenen verdienten Geld selbstbestimmt leben können – und eben die gleichen Rechte und Freiheiten haben wie jeder andere auch.

### Frage an die Regierungsparteien: Auf welche behindertenpolitischen Erfolge dieser Regierung sind Sie besonders stolz?

**Ribo:** Ich bin stolz darauf, dass wir die automatische Feststellung der Arbeitsunfähigkeit bis zum 25. Lebensjahr abgeschafft haben. Menschen mit Behinderungen haben nun ausreichend Zeit, ihre Fähigkeiten zu entfalten und haben in dieser Zeit vollen Zugang zu den Angeboten des AMS. Das ist ein wichtiger Perspektivenwechsel. Wir dürfen nicht fragen: wo sind deine Defizite? Wir müssen ihre Fähigkeiten und Potentiale in den Vordergrund stellen und uns die Frage stellen: Welche Barrieren stehen für die Inklusion am Arbeitsmarkt im Weg? Wo braucht es Unterstützung?

Ich bin auch stolz darauf, dass wir 100 Millionen Euro auf den Weg gebracht haben, um die unterschiedlichen Systeme der Persönlichen Assistenz in den Ländern an bundesweit einheitliche Kriterien anzupassen. Damit haben wir die Voraussetzung geschaffen, um eine Persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen zu erreichen.

Nicht zuletzt bin ich auch froh darüber, dass Pflegegeld nun gemeinsam mit anderen Sozialleistungen valorisiert wird. Das heißt, dass das Pflegegeld Jahr für Jahr automatisch mit der Inflationsrate steigt. Das war eine jahrelange Forderung der Community.



**Grünberg:**

Pilotprojekt Persönliche Assistenz:

Es gelang uns in dieser Legislaturperiode, ein Budget von 100 Millionen Euro für die Persönliche Assistenz zu schnüren. Mit dem Pilotprojekt setzen wir wichtige Schritte zur Umsetzung einer bereits sehr lange bestehenden Forderung nach einer bundesweiten Harmonisierung der Persönlichen Assistenz im Privatbereich. Besonders wichtig ist im Zuge dessen, dass der bürokratische Aufwand für Antragsteller:innen erheblich einfacher werden soll. Ein erster wesentlicher Schritt in diesem Vorhaben ist nun, alle Bundesländer von der Teilnahme am Pilotprojekt zu überzeugen, denn nur dann rückt eine bundeseinheitliche Regelung in greifbare Nähe.

Arbeitsunfähigkeitsfeststellung frühestens ab dem 25. Lebensjahr:

Im Dezember 2023 haben wir im Nationalrat beschlossen, dass die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit bei jungen Menschen mit Behinderungen frühestens ab dem vollendeten 25. Lebensjahr gestellt und gegebenenfalls beschieden werden darf. Viele junge Betroffene wollten gerne arbeiten, wurden bislang jedoch oftmals voreilig in die Arbeitsunfähigkeit geschickt, weil es der vermeintlich einfachste Weg zu sein schien. Dank dieses Paradigmenwechsels bei der Arbeitsmarktintegration haben Menschen mit Behinderungen nun bessere Möglichkeiten, am ersten

Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Konkret bedeutet das zum Beispiel, dass sie vom Arbeitsmarktservice (AMS) bei ihrer Arbeitssuche begleitet werden – so wie alle anderen Arbeitssuchenden auch. Wer als „arbeitsunfähig“ gilt, hat diesen AMS-Anspruch nicht. Es ist ein weiterer Puzzlestein, um Menschen mit Behinderungen besser und bestmöglich ins Arbeitsleben und somit in die Gesellschaft zu integrieren.

**Abschlussfrage: Warum sollten Menschen mit Behinderungen Ihre Partei wählen?**

**Nussbaum:** Die SPÖ setzt sich seit ihrer Gründung für die Gleichheit aller Menschen ein. Historisch gesehen hat sich die SPÖ immer für die Stärkung der Menschenrechte und damit auch der Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen eingesetzt. Außerdem ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Diversität in unserer Gesellschaft voranzutreiben und Menschen mit Behinderungen vollständig in unsere Gesellschaft zu inkludieren. Die SPÖ steht für einen starken Sozialstaat, eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen und die solidarische Finanzierung dieser staatlichen Leistungen.

**Grünberg:** Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) hat in der aktuellen Legislaturperiode und auch davor schon unter Beweis gestellt, dass ihr Menschen mit Behinderungen wichtig sind. Das zeigt sich allein schon an der Zahl

der ÖVP-Politiker:innen mit Behinderungen, die auf allen Ebenen (von Bund bis Gemeinde) auf den Wahllisten stehen und aktiv sind. In dieser Legislaturperiode wurden historische Geld-Summen für den Bereich Behinderung eingesetzt. Wir sehen Menschen mit Behinderungen als selbstbestimmte, talentierte, leistungsfähige und gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft. Wir denken in den Kategorien Emanzipation und Empowerment und setzen Unterstützungsmaßnahmen dort, wo es notwendig ist. Als Opposition sind Forderungen und Kritik schnell formuliert, sie muss ja auch nicht liefern. Die größere Kunst ist, Führung und Verantwortung zu übernehmen und umzusetzen. Wir scheuen uns nicht davor und streben das auch ganz klar für die nächste Legislaturperiode an! Dafür bitten wir um Ihre Stimme!

**Ragger:** Ich denke, dass die Menschen erkannt haben, dass mit den bisherigen Regierungsparteien kein Blumentopf zu gewinnen ist. Eine derartige Untätigkeit hat man selten erlebt. Die FPÖ hingegen hat schon bei Regierungsverantwortungen auf Landesebene gezeigt, dass sie das Thema Inklusion ernst nimmt. Das ist auch ideologisch bei uns verwurzelt, weil wir der Überzeugung sind, dass Selbstbestimmung der freiheitliche Wesenskern ist. In Kärnten habe ich als Soziallandesrat einige sehr positive Entwicklungen vorantreiben können, die vorrangig die Integration

in den Arbeitsmarkt betroffen haben. Ich bin überzeugt, dass gerade ein eigenes Einkommen den Menschen sehr viel Selbstvertrauen geben kann. Und das ist genau das, was wir für die Umsetzung von echter Inklusion in Österreich dringend brauchen.

**Ribo:** Die Grünen haben sich seit ihrer Gründung für die Rechte von Menschen mit Behinderungen eingesetzt. Das liegt in unserer DNA. Bereits 1990 hat der Grüne Klub im Parlament eine Veranstaltung zum Thema Persönliche Assistenz gemacht. Da wussten andere Parteien noch nicht einmal, dass Menschen mit Behinderungen außerhalb von Heimen leben können.

Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft und Gleichstellung sind für uns wichtige Themen – egal ob es um Behinderungen, Geschlecht und Gender, sexuelle Orientierung, Alter, Religion oder Herkunft geht.

Andere Parteien kommen aus einer paternalistischen Tradition. Die Leute sollen versorgt werden und dankbar sein. Wir aber wollen Menschen mit Behinderungen nicht versorgen, sondern sie dabei unterstützen, ihre Rechte auszuüben und selbstbestimmt zu leben.

In der Regierungsarbeit haben wir versucht, Anliegen von Menschen mit Behinderungen im engen Austausch

mit der Community voranzutreiben. Und da sind uns viele wichtige Verbesserungen gelungen. Aber wir sind noch nicht am Ziel.

**Fiedler:** Dass uns Inklusion ein wirkliches Anliegen ist, sieht man nicht nur an unserem umfangreichen Positionspapier, sondern auch an der Fülle an parlamentarischen Anfragen und Anträgen. Wir haben zahlreiche konstruktive Vorschläge eingebracht, um echter Inklusion Schritt für Schritt näher zu kommen. Dieses Ziel werden wir auch weiterverfolgen. Wer uns auf diesem Weg unterstützen möchte, sollte am Wahltag NEOS wählen.



Foto: Stadt Wien/Bubu Dujmic